



## Russland – politische Situation im Juli/August 2009

### Die russische Doppelspitze funktioniert noch

Ende Juni /Anfang Juli 2009 sind von dem russischen Präsidenten leichte Korrekturen seines liberalen Images der Vormonate vorgenommen wurden. Deutlich wurde dies auf seinen Besuchen in Süd-Ossetien und in Novosibirsk. In beiden Regionen trat er in seinen Reden und Äußerungen als Oberkommandierender der russischen Streitkräfte auf. In Novosibirsk nahm Dimitri Medvedev an der Auswertung des Militärmanövers „Kaukasus – 2009“ teil und besuchte den Marine-Kreuzer „Moskau“. Diese Image-Korrekturen sind ebenfalls im Zusammenhang mit dem Besuch des amerikanischen Präsidenten in Russland Anfang Juni 2009 zu sehen. Kritiker hatte den russischen Präsidenten nach dem Besuch von Barack Obama als zu liberal kritisiert und den Vorwurf geäußert, dass der russische Präsident die russische Position der Stärke aufgegeben hat.

Die Versuche der russischen Opposition und ausländischer Kräfte die russische Doppelspitze zu entzweien, werden sich in den nächsten drei Jahren fortsetzen und intensivieren. Dimitri Medvedev und Wladimir Putin demonstrieren bisher aber, dass sie ein einheitliches politisches Tandem sind. Haarrisse in der Doppelspitze lassen sich dadurch aber nicht verheimlichen.

### Die Verhandlungen Russlands zum Beitritt in die WTO

Während des G-8-Gipfels in der italienischen Stadt Akvaril hat der russische Präsident Dimitri Medvedev sich eindeutig zu den Beitrittsverhandlungen Russlands in die WTO geäußert. Der russische Präsident hat klar gemacht, dass Russland selbständig und unabhängig von den Bestrebungen Weißrusslands und Kasachstans die Beitrittsverhandlungen in die WTO fortsetzen wird. Damit hat sich die Position Russlands gegenüber dem WTO, die der russische Premier Wladimir Putin noch Anfang Juni 2009 vertrat, um 180 Grad gedreht. Wladimir Putin vertrat am 9. Juni 2009 die Position, dass Russland in die WTO nur im Rahmen der Zollunion mit Weißrussland und Kasachstan eintreten wird. Diese Position würde gegenwärtig einen Beitritt Russlands in die WTO unmöglich machen.

### Zehn Jahre Putin in Russland

Im August 1999 wurde Wladimir Putin zum Vorsitzenden des Ministerrates der Russischen Föderation ernannt. Kurz darauf trat Boris Jelzin zurück und übergab die Präsidentschaft an Wladimir Putin. Damals war Russland in der Krise nach dem Staatsbankrott von 1998 (Moratorium vom 13. August 2008). Zehn Jahre danach steckt Russland erneut in einer Krise, deren Auswirkungen bisher noch nicht zu definieren sind.

Wladimir Putin ist nach wie vor der mächtigste Mann in Russland. Er kontrolliert die Moskauer Politik und Wirtschaft auch nach seinem Abgang als Präsident. Als Premierminister zeigt er sich als Krisenmanager der russischen Wirtschaft. In postkommunistischer Manier reist er in die Regionen des Landes und verspricht Kredite und Rentnern die Erhöhung ihrer Pensionen.

Umfragen zeigen, dass Wladimir Putin auch in der Bevölkerung als einflussreichster und populärster Politiker des Landes gilt. Zehn Jahre nach der Krise von 1999 hat sich der Lebensstand der Bevölkerung deutlich verbessert. Dies verbindet die Bevölkerung mit Wladimir Putin. Doch Planmäßigkeit war in den Handlungen von Wladimir Putin nicht immer zu erkennen.



Gegenüber dem russischen Militär hat Wladimir Putin in den letzten zehn Jahren klare Akzente gesetzt. Die russischen Streitkräfte haben wieder an Schlagkraft gewonnen. Wichtige Elemente der strategischen Waffengattungen sind modernisiert worden bzw. wieder vollständig einsatzfähig. Das Selbstwertgefühl russischer Offiziere hat sich deutlich erhöht, ihre Stellung in der russischen Gesellschaft ist positiv.

Im sozialen Bereich hat sich Wladimir Putin hauptsächlich um die Rentner gekümmert. Sie haben überdurchschnittlich vom Wirtschaftsaufschwung profitiert. Zwar sind die Renten immer noch sehr niedrig, aber sie werden wie alle staatlichen Gehälter und Löhne mittlerweile pünktlich ausgezahlt und wurden im Vergleich zu den 90er Jahren, wo sie für die Existenz nicht ausreichten, deutlich angehoben. An der massiven Kluft zwischen Arm und Reich in Russland hat sich aber auch in den letzten zehn Jahren wenig geändert, auch wenn der Kreml in einem rechtlich höchst fragwürdigen Prozess den damals reichsten Mann Russlands, Michael Chodorkowski, einsperrte und enteignete. Der Reichtum wurde nur an eine neue Elite umverteilt.

Korruption bleibt aber für Russland das größte Problem. Das Gesetz wird im Gerichtssaal verbogen, wenn es um politische und wirtschaftliche Interessen der staatlichen Elite geht. Amtsträger und Beamte jeder Ebene bereichern sich. Eine Diktatur des Gesetzes hatte Wladimir Putin bei seinem Amtsantritt versprochen. Davon ist allerdings bis heute nichts zu spüren. Rechtswirrwarr herrscht in der Wirtschaft. Die Gesetzgebung bei Steuern und Zoll ist oft darauf angelegt, Unsicherheiten bei den Unternehmen zu schaffen und bei Kontrollen zusätzliche Strafen zu erwirtschaften. Beamte der Kontrollinstanzen bereichern sich persönlich mit Hilfe von Gesetzeslücken und widersprüchlichen Verordnungen. Die Bestechungsgelder werden nach oben durchgereicht. Somit hat die Korruption einen Systemcharakter angenommen. Die Korruption hemmt die Entwicklung einer modernen Wirtschaft mit einer modernen Infrastruktur. Der Wirtschaftsaufschwung unter Wladimir Putin war nicht so sehr ein Verdienst von Putin als vielmehr die Folge eines jahrelang steigenden Öl- und Gaspreises auf den Weltmärkten. In der Krise ist jetzt schmerzlich zu spüren, dass die übrige Wirtschaft vor allem aber die Infrastruktur nicht modernisiert wurde. Russlands einseitig auf Rohstoffexporte orientierte Wirtschaft wurde und wird stärker als andere Industriestaaten von der Rezession getroffen.

### **Die russische Staatsduma vor der Sommerpause**

Die Abgeordneten der Duma haben sich auf eine Modernisierung des Anti-Korruptionsgesetzes geeinigt. Die Gesetzes-Vorlage des russischen Präsidenten war lange in der Präsidialverwaltung vorbereitet worden und trägt keinen deklarativen Charakter. Dies verdeutlichte auch die Tatsache, dass die russische Beamten-Elite intensiv versucht hat, die Annahme dieser Gesetzes-Vorlage zu verschieben. So erreichte die Beamten-Elite eine Modifizierung der Gesetzes-Vorlage, so dass die Einkommen hoher Beamter und ihrer Familienangehörigen erst ab 1. Januar 2010 nach diesem Gesetz zu deklarieren sind. Ursprünglich sah der Gesetzes-Entwurf eine Deklaration der Einkommen schon für 2009 vor. Im Allgemeinen kann man einschätzen, dass die Duma mehr die Interessen der „Beamten-Nomenklatura“ vertreten hat und erreichte damit, dass die Annahme einiger für die Beamten-Elite unliebsamer Passagen der Gesetzes-Vorlage zeitlich verlagert wurde. Die Duma nahm die Gesetzes-Vorlage des russischen Präsidenten zur Reformierung des Verfassungsgerichtes der Russischen Föderation an. Diese Gesetzes-Vorlage trug mehr einen technischen Charakter und soll die Ernennung der obersten Verfassungsrichter vereinheitlichen.



## Russland – soziale und wirtschaftliche Situation im Juli/August 2009 und das Krisenprogramm der russischen Regierung

### Keine Modernisierung

Der russische Präsident Dimitri Medwedew veröffentlichte im Juni eine Prioritätenliste für die Modernisierung der russischen Wirtschaft. Die wichtigsten Entwicklungsbereiche sieht der russische Präsident in folgenden Technologiebereichen: Energieeffizienz, Kerntechnologie, Medizintechnik und strategische Informationstechnologie.

Russische Wirtschaftsexperten vertreten die Meinung, dass die Wirtschaft zweifellos modernisiert werden muss. Aber der Erfolg dieser Modernisierung hängt nicht davon ab, ob die Richtung, die diese Modernisierung einschlagen soll, politisch festgelegt ist. Wichtig seien die Anreize und die Rahmenbedingungen für eine solche Modernisierung der Wirtschaft. In der Vergangenheit waren die politischen Rahmenbedingungen im Wesentlichen auf die Entwicklung des Energiesektors ausgerichtet. Nur wenn die politische Entscheidungsfindung breitere Rahmenbedingungen für Wirtschaftsförderung schafft, kann die Dominanz des Energiesektors reduziert werden. Dies ist bisher in der Politik der Russischen Föderation noch nicht feststellbar. Mit der Neubesetzung der schon unter dem ehemaligen Präsidenten Wladimir Putin eingesetzten Kommission für die Modernisierung der russischen Wirtschaft will Dimitri Medwedew eine einheitliche Wirtschaftspolitik und gesamtstaatliche Rahmenbedingungen für die Modernisierung der russischen Wirtschaft schaffen. Diese Regierungskommission leitet selbst Dimitri Medwedew. Stellvertreter dieser Kommission sind Wladimir Surkov (1. Stellvertretender Leiter der Präsidentsverwaltung der RF) und Sergej Sobjanin (Leiter der Präsidentsverwaltung). Sekretär der Kommission wurde Anatoli Dvorkovic (Berater des Präsidenten der RF).

Trotz dieser Neubesetzung und dem ausdrücklichen Engagement des neuen russischen Präsidenten, der russischen Wirtschaft einen Modernisierungsschub zu geben, hat die globale Finanzkrise im 1. Halbjahr 2009 diese Bemühungen fast zunichte gemacht. Die allgemeinen Ausgaben für Neuerungen und Modernisierungen der russischen Wirtschaft sind im 1. Quartal 2009 um 75% zum Vergleichszeitraum 2008 gesunken und betragen so nur 35 Mrd. Rubel. Die Struktur dieser Ausgaben hat sich ebenfalls geändert. Der private Sektor gab im 1. Halbjahr 2009 deutlich weniger für Innovationen aus als noch in den Jahre 2007 – 2008.

### Novellierung des russischen Kartellrechtes

Am 22. Juni 2009 stimmte die russische Regierung den Änderungen des sogenannten zweiten Antimonopolpaketes zu. Die Änderungen sehen vor allem eine Liberalisierung der Fusionskontrolle, die Verschärfung der Aufsicht marktbeherrschender Unternehmen, die Erweiterung der Kontrollbefugnisse der russischen Kartellbehörden sowie die Verschärfung der Strafen für Verstöße gegen vergaberechtlichen Vorschriften vor.

### Ergänzungen zum Hypothekenrecht für gewerbliche Immobilien

Im Juni 2009 verabschiedete die russische Staatsduma das Gesetz über die Hypothek für gewerbliche Immobilien. Das Gesetz legt die Besonderheiten bei der Verpfändung von Betrieben, Gebäuden, Einrichtungen und anderer nicht zu Wohnzwecken bestimmten Immobilien fest. Konnte früher für diese Kategorien der Immobilien eine Hypothek



ausschließlich nur nach der Registrierung des Eigentumsrechtes errichtet werden, ist dies jetzt gleichzeitig mit der Eigentumsregistrierung möglich. Dies soll aufwendige Verwaltungsprozesse im Sinne einer höheren wirtschaftlichen Flexibilität von Unternehmen und Betrieben reduzieren. Nach dem neuen Gesetz bestehen zivilrechtlich keine Unterschiede mehr im Status von Wohn- und Gewerbeimmobilien.

### **Der Gas-Konflikt mit der Ukraine geht weiter**

Der russischen Regierung und Gasprom ist es in intensiven Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung gelungen, zum ursprünglichen System der gegenseitigen Verrechnung der Gas-Lieferungen zurückzukehren. Die Ukraine zahlt somit das von GASPROM gelieferte Gas aus den Vorauszahlungen der GASPROM für den Gastransit nach Europa durch die Ukraine. Diese Vereinbarung verringert das Risiko der Nichtbezahlung der Gaslieferungen an die Ukraine. Allerdings decken die Vorauszahlungen der russischen Seite für die Gas-Transit-Lieferungen nach Europa nicht die Kosten für die russischen Gaslieferungen an die Ukraine. Der Gaspreis hat sich außerdem auf dem Weltmarkt wieder stabilisiert, so dass auch der Gaspreis für die Ukraine weiter steigen wird. In den Wintermonaten 2009 – 2010 besteht damit weiterhin das Risiko einer Neuauflage des Gas-Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine.

### **GLONASS – das russische Satelliten-Navigationssystem braucht staatliche Unterstützung**

In den letzten Monaten werden immer häufiger Meldungen in der russischen Presse veröffentlicht, dass für importierte Fahrzeuge mit dem europäischen GPS-Navigationssystem zusätzliche Importzölle erhoben werden sollen. Mit diesem Mittel will die russische Regierung das russischen Navigationssystem GLONASS unterstützen, dessen Verbreitung im Privatsektor nur sehr schleppend vorankommt.

Einige Informationen zum russischen Navigationssystem. GLONASS (Russisches globales Sputnik-Navigationssystem) ist ein Navigationssystem, welches sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke eingesetzt werden kann. GLONASS kann mittels Satelliten seine Dienstleistungen sowohl russischen als auch ausländischen Nutzern anbieten. Die Genauigkeit dieses satellitengestützten Navigationssystems beträgt 1 Meter. GLONASS soll bis Ende 2010 mit 30 Satelliten das gesamte russische Territorium erfassen. Davon arbeiten 24 Satelliten ständig für dieses Navigationssystem und 6 Satelliten dienen als Reserve. Im staatlichen Bereich hat das russische Navigationssystem eine gute Einsatzbreite erreicht. Allerdings im privaten Wirtschaftssektor laufen die Verbreitung und der Vertrieb der Empfängereinheiten sehr langsam. Vor allem in der Automobilbranche greift man auf das europäische GPS-System zurück. Dies widerspricht den Interessen der AFK Sistema, die als Produzent der Empfängereinheiten die Verkaufszahlen deutlich steigern will. Die russische Regierung will sich mit dieser Problematik erst im Herbst 2009 beschäftigen. Experten sind allerdings momentan der Meinung, dass zusätzliche Importzölle oder sogar ein Einfuhrverbot für Fahrzeuge mit GPS-Navigation nicht verabschiedet werden.

### **Der Staatshaushalt der Russischen Föderation für 2010**

Im Juli 2009 legte das Finanzministerium einen ersten Entwurf des Staatshaushaltes für das Jahr 2010 vor. Die Regierung wird gezwungen sein, den Staatshaushalt 2010 deutlich auf der Kostenseite zu reduzieren. Einsparungen werden hauptsächlich bei großen Infrastruktur-Projekten, nicht strategischen föderalen Projekte und Repräsentationskosten zu finden sein.



Das wachsende Defizit im russischen Pensionsfond wird sich in den nächsten Jahren ebenfalls negativ auf langfristige Kapitalausgaben auswirken. Der föderale Reserve-Fond der Regierung hat sich im Juli 2009 um 170 Milliarden Rubel verringert und beträgt nunmehr 2,957 Trilliarden Rubel, somit ist der Reserve-Fond innerhalb von einem Monat um 5,5% gesunken. Diese Mittel wurden für die Deckung des Haushaltsdefizites eingesetzt. Sollte der Reserve-Fond weiter in diesem Tempo für die Deckung des Haushaltsdefizites eingesetzt werden, besteht das Risiko, dass diese Mittel bereits im 1. Quartal 2010 aufgebraucht sein könnten.

#### **Die neue Rolle der russischen staatlichen Banken**

Beim größten Produzenten von Nickel der Welt (NORNICKEL-Norilskij Nickel Kombinat) hat sich die staatliche Kontrolle erhöht. Dies entspricht gegenwärtig der allgemeinen Linie der russischen Regierung mittels staatlicher Banken die Positionen des Staates in strategischen Unternehmen zu stärken. Vor dem Hintergrund der Liquiditätsschwäche bei kommerziellen und privaten Banken finanzieren hauptsächlich die staatlichen Banken große russische Unternehmen. Dies kann zukünftig zu einer Übernahme dieser Unternehmen durch den Staat führen.

#### **Die Initiative der föderalen Steuerinspektion zur Verschärfung des Steuerrechtes**

Die föderale Steuerinspektion der Russischen Föderation versucht mit seinen Gesetzes-Entwürfen betreffend der Rückzahlung der Mehrwertsteuer insgesamt die Steuergesetzgebung in der Finanzkrise zu verschärfen. Die Diskussion der eingebrachten Gesetzesinitiativen wird sich voraussichtlich bis Ende 2009 hinziehen. Die föderale Steuerinspektion schlägt vor, dass sich alle Unternehmen bezüglich der Mehrwertsteuererstattung zusätzlich registrieren müssen. Damit will die föderale Steuerinspektion die sogenannten Ein-Tages Firmen aus dem System der Mehrwertsteuererstattung ausschließen und somit den Staatshaushalt entlasten. Die Initiative stößt auf starken Widerstand in der russischen Duma. Es ist zu erwarten, dass diese Gesetzesinitiative der zentralen Steuerinspektion deutlich modifiziert wird. Eine zusätzliche steuerliche Registrierung von Unternehmen bedeutet zusätzliche administrative Kosten. Die stärkste Fraktion in der russischen Duma, „Einheitliches Russland“, besteht darauf, dass Unternehmen mittels monatlicher Mehrwertsteuer-Erklärungen ihre Rückerstattung bzw. Verrechnungen mit Hinterlegung entsprechender Bankgarantien begründen. Die Steuerinspektion sei dann verpflichtet, innerhalb von 12 Tagen die Mehrwertsteuer zu erstatten bzw. zu verrechnen. Große Unternehmen sollen sich von der Hinterlegung entsprechender Bankgarantien befreien können. Die Annahme dieser Ergänzungen der russischen Steuergesetzgebung ist für den Herbst 2009 zu erwarten und wird bis Ende 2009 wirksam. Die zentrale Steuerinspektion wird versuchen, ihre Vorschläge zur Verschärfung der Steuergesetzgebung durchzusetzen und weitere Initiativen in diese Richtung vorbringen, wie in den letzten Monaten bereits geschehen. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang sind nachfolgende Initiativen der zentralen Steuerinspektion:

- Einführung einer zusätzlichen Steuer von 0,5% auf alle Finanzgeschäfte (zeitlich begrenzt auf die Finanzkrise)
- Verlängerung der Frist für Einforderung von Steuern von einem auf drei Jahre
- Einführung einer direkten Akzise-Steuer für Tabakwaren in Rubel
- Aufhebung des Bankgeheimnisses für die zentrale Steuerinspektion und deren gesetzliche Verankerung